



## Update 02/2020

Bernhard Daldrup, MdB  
Für den Kreis Warendorf

Berlin, 31. Januar 2020

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Die düsteren im Bundestag ausgestellten Gemälde David Olères, jüdischer Maler und Überlebender des Vernichtungslagers Auschwitz, stehen im Zeichen dieser Sitzungswoche. Anlässlich des 75. Jubiläums der Befreiung Auschwitz' durch sowjetische Truppen am vergangenen Montag, gab es eine Gedenkstunde, an der unter anderem auch der Präsident des Staates Israel teilnahm. Die Mahnung dieser Tage ist angesichts politisch motivierter Übergriffe, von Hass und Hetze aktueller denn je.

Erfreulicher hingegen war die enorme finanzielle Unterstützung an die Länder beim Bau, Aus- und Umbau ihres schienengebundenen ÖPNVs. Mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz steckt der Bund Milliarden in die Verkehrswende – ein überfälliger Schritt, um den ÖPNV klimaneutral und zukunftssicher zu gestalten.

Wie sich weitere Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen konkret ausgestalten lassen, vor welchen Herausforderungen die Gemeinden dabei stehen und wie die SPD dabei politisch unterstützen kann, war das Ziel der Konferenz „Klimaschutz und Kommunen“, zu der ich eingeladen habe und mit der diese Woche endete.

*Liebe Grüße aus Berlin,  
und nun: Viel Spaß beim Lesen!  
Euer*



*Im Bundestag fand am Mittwoch den 20.01. die Gedenkstunde für die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungsdiktatur mit Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier, dem Präsidenten des Staates Israel Reuven Rivlin, Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, Zeitzeugen und Ehrengästen. Unter Letzteren waren auch 7 Schülerinnen und Schüler und deren Lehrerin Frau Dr. Kolpatzik aus dem Beckumer Albertus-Magnus-Gymnasium, die im vergangenen Jahr die mehr als 600 Kilometer zwischen Auschwitz und dem Berliner Holocaust-Mahnmal im Zeichen des Friedens und der Freundschaft mit dem Fahrrad zurücklegten. Ich habe sie kurz vor Beginn der Veranstaltung vor dem Plenarsaal getroffen.*

## // Konferenz ‚Klimaschutz und Kommunen‘

Der Klimawandel ist real. Die Politik handelt. Die Koalition hat mit dem Klimaschutzpaket verbindliche Maßnahmen für den Klimaschutz geschaffen. Es macht die Klimaziele verbindlich. Es verbindet ökologische mit sozialen und wirtschaftlichen Zielen. Die Kommunen sind die größten Investoren unter den öffentlichen Auftraggebern, sie gestalten die Lebensbedingungen der Menschen und haben damit großen Einfluss auf eine fortschrittliche Klimapolitik.

Es ist daher nur folgerichtig, mit Expertinnen und Experten, vor allem aber mit Praktikern vor Ort, über die Klimapolitik zu sprechen. Ob „Innovation city“ in Bottrop oder die Konzepte kommunaler Unternehmen, Klimapolitik betrifft verschiedene Akteure und betrifft Eigentümer wie auch Mieterinnen und Mieter. Deshalb waren Oberbürgermeister, Bürgermeister und VerbandsvertreterInnen eingeladen, um ihre Konzept vorzustellen. Best-Practice-Beispiele sollen auch für die klimagerechte Mobilität der Zukunft diskutiert werden, und zwar sowohl aus Sicht von VerbraucherInnen als auch der Verkehrsträger.

Die Bedeutung des Themas kommt auch in der Beteiligung seitens der SPD zum Ausdruck: Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich, Umweltministerin, Svenja Schulze und auch die stellvertretenden Vorsitzenden Matthias Miersch und Sören Bartol standen auf der Liste wie OberbürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen aus Bottrop,



Kurzes Video mit Umweltministerin Svenja Schulze hinter den Kulissen der Konferenz.

Mainz, Karlsruhe und dem Geestland. Wichtig für die SPD: Klimapolitik ist immer konkret. Deshalb muss die Klimawende "von unten" unterstützt und sozial flankiert sein. Klimapolitik darf nicht zu einseitiger Belastung breiter Schichten der Bevölkerung führen.

Nicht nur bei Investitionen in zentrale Zukunftsfelder steht die SPD an der Seite der Städte und Gemeinden. Auch eine soziale Klimapolitik muss vor Ort gestaltet werden – dazu ist die Unterstützung



Ich bei der Eröffnung der Konferenz am Freitagmorgen.

des Bundes unverzichtbar. In der Veranstaltung wurden beispielhafte Projekte kommunaler Klimaschutz-Maßnahmen vorgestellt und Möglichkeiten für andere Kommunen aufgezeigt. Es war aber auch Absicht der SPD-Bundestagsfraktion, Problemfelder und Herausforderungen, die sich aus dem Diskussionsprozess ergeben, in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen.

## // Sperriger Name – große Verbesserung

Mit dem neuen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz werden die Länder und Kommunen maßgeblich bei der Umsetzung der Verkehrswende unterstützt. Es wird mit zusätzlichen Investitionsmöglichkeiten in die Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzung für ein nachhaltiges und vor allem attraktives Nahverkehrsangebot für die Menschen in unserem Land geschaffen. Und all das nicht in kleinen Schritten, sondern in einem großen Satz.

Im Koalitionsvertrag 2018 haben sich SPD und Union auf eine Novelle des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes geeinigt. Ziel war eine Verdreifachung der seit langem festgelegten Programmsumme von knapp 333 Millionen Euro pro

Jahr auf 1 Milliarde Euro ab 2021. Dafür haben wir 2019 das Grundgesetz (hier: Artikel 125c GG) geändert, da das GVFG in der vorherigen Grundgesetzfassung erst ab dem 1. Januar 2025 an die neuen Herausforderungen angepasst werden konnte

Mit der nun vom Deutschen Bundestag beschlossenen Änderung des GVFG wird die SPD-Bundestagsfraktion die Zielsetzung aus dem Koalitionsvertrag nochmals deutlich übertreffen.

Das GVFG wird entfristet und die bereits im laufenden Kalenderjahr 2020 zur Verfügung stehenden Mittel auf über 665 Millionen Euro verdoppelt. In den Jahren 2021 bis 2024 werden jeweils 1 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Im Jahr 2025 wird der Etat sogar auf 2 Mrd. Euro anwachsen. 2026 wird dann eine Dynamisierung der Mittel um 1,8 Prozent pro Jahr einsetzen. Damit stellt der Bund den Ländern und Kommunen in den kommenden fünf Jahren 4,6 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung.

Neben der Erhöhung der Mittel hat die SPD Bundestagsfraktion sich außerdem erfolgreich dafür eingesetzt, dass das GVFG auch inhaltlich neu aufgestellt wird: Mit dem neuen GVFG wird nun bis 2030 für Grunderneuerungen von Verkehrswegen der Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen geöffnet und Förderhürden werden abgesenkt. Zudem wird sich der Förderanteil des Bundes auf bis zu 90 Prozent erhöhen und neue Förderatbestände – wie die Reaktivierung von Schienenstrecken, den Bau und Ausbau von Bahnhöfen, Haltestellen, Umsteigeanlagen und Zentralen Omnibusbahnhöfen mit Anschluss zum schienengebundenen ÖPNV, aber auch Planungskosten – eingeführt.

Durch die Absenkung der zuwendungsfähigen Kosten auf 30 Millionen (u. a. Bau und Ausbau von Schienenwegen) bzw. 10 Millionen Euro (u. a. Grunderneuerung oder Reaktivierung von Schienenwegen) pro Projekt und die Aufhebung der Beschränkung auf Verdichtungsräume oder die zugehörigen Randgebiete stellen wir zudem sicher, dass diese Mittel auch flächendeckend im gesamten Bundesgebiet genutzt werden können. Das ist für den Kreis Warendorf ein entscheidender Vorteil, weil durch die Absenkung der zuwendungsfähigen Kosten auch punktuell kleinere Projekte gefördert werden können und sich die Mittelvergabe

nicht nur auf Großprojekte wie Stuttgart 21 fokussieren.

## // Parlament gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch in einer Gedenkstunde den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Anlass dafür war der 75. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Neben Bundespräsident Steinmeier sprach auch Israels Präsident Rivlin.

Am 27. Januar vor 75 Jahren ist das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager in Auschwitz-



Ein Gemälde von David Olère im Paul-Löbe-Haus.

Birkenau von der Roten Armee befreit worden. Aus diesem Anlass hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Der Präsident des Staates Israel Reuven Rivlin redete in der Gedenkstunde neben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Auch überlebende Opfer der NS-Verbrechen wohnten der Gedenkstunde bei.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dankte in seiner Rede Reuven Rivlin und den anwesenden Überlebenden für ihre Teilnahme an der Gedenkstunde. Dass ein israelischer Präsident die Schritte der Erinnerung gemeinsam mit einem deutschen Präsidenten gehe, erfülle ihn mit tiefer Demut. „Versöhnung ist eine Gnade, die wir Deutschen nicht erwarten oder erhoffen konnten. Wir werden ihr gerecht werden und wir stehen an der Seite Israels.“ Die Erinnerung an die Shoa sei Teil der deutschen Identität. „Die Lehren aus der deutschen Geschichte müssen zum Selbstverständnis aller Deutschen gehören. Diese Verantwortung tragen wir alle“, sagte der Staatsoberhaupt.

Nicht vergessen, was geschehen kann  
Besorgt zeigte sich Steinmeier darüber, dass Hass und Hetze sowie Rassismus und Antisemitismus sich auch in Deutschland wieder ausbreiten: „Meine Sorge ist nicht, dass wir die Vergangenheit

leugnen. Meine Sorge ist, dass wir sie besser verstehen als die Gegenwart.“ Er erinnerte an einen Satz des Schriftstellers Primo Levi. Als Überlebender habe dieser über die Shoa gesagt: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“ Für Deutschland heute müsse dieser Satz bedeuten: „Wir vergessen nicht, was geschehen ist – und wir vergessen auch nicht, was geschehen kann.“ Reuven Rivlin sagte, dass der deutsche Umgang mit der eigenen historischen Schuld die Grundlage für die heutigen deutsch-israelischen Beziehung sei. „Die ständige Auseinandersetzung mit der Shoa in Deutschland hat es ermöglicht, ein neues Kapitel aufzuschlagen.“ Heute bewegten sich die beiden Staaten gemeinsam zwischen Vergangenheit und Zukunft, unter der Prämisse, nie zu vergessen.

Er betonte, wie wichtig Deutschlands Rolle im weltweiten Kampf gegen Antisemitismus und Fremdenhass ist. „Das Land, in dem die Endlösung erdacht wurde, hat die Verantwortung übernommen für den Schutz liberaler Werte.“ Diese Verantwortung sei enorm, weil auch Europa von den Geistern der Vergangenheit heimgesucht werde. Rivlin: „Wir stehen nicht an der Schwelle einer neuen Shoa, aber wir müssen die Anfänge sehen.“ Auch er habe kein Patentrezept, aber er sei hier, um zu sagen: „Wir sind wahre Partner und kämpfen mit unseren gemeinsamen Werten gegen Antisemitismus und Fremdenhass.“

## // Gebäudeenergiegesetz für bessere Energieeffizienz

Am Mittwoch hat das Parlament erstmals einen Gesetzentwurf zur „Vereinheitlichung des Energiesparrechts für Gebäude“ beraten (Drs. 19/16428).

Die Energieeffizienz (also die rationelle Verwendung von Energie) von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Bis 2050 soll der Gebäudesektor nämlich weitestgehend klimaneutral sein. Zwei wesentliche Bausteine dafür sind: einerseits ein niedriger Energieverbrauch durch guten Wärmeschutz, und andererseits die Nutzung von erneuerbaren Energien, zum Beispiel für das Heizen.

Mit dem Gesetzentwurf sollen das Energiesparrecht für Gebäude vereinfacht und verschiedene Vorgaben neu zusammengefasst werden: Es führt das Energieeinsparungsgesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in einem neuen Gesetz zusammen. Der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes hat außerdem zum Ziel, die Anforderungen der EU-Gebäuderichtlinie umzusetzen.